

30 Jahre Kinderrechte – Slow Motion fehl am Platz

Millionen Kinder in Gefahr, weil Regierungen ihre Rechte nicht konkret umsetzen

Kinderrechts-Organisationen prangern Untätigkeit an, während die Vereinten Nationen den 30. Geburtstag der Kinderrechtskonvention feiern

London, Berlin, 14.11.2019. Das Leben von Millionen Kindern ist in Gefahr, da die meisten Nationen der Welt ihr Engagement für die Kinderrechte nicht ernsthaft verfolgen. Darauf machen sechs große internationale Organisationen aufmerksam, die sich besonders für Kinder und Jugendliche einsetzen.

Nur wenige Regierungen nähmen den 30. Geburtstag des UN-Übereinkommens über die Rechte des Kindes am 20. November zum Anlass, konkrete politische Zusagen zur Einlösung der gegebenen Versprechen zu machen, kritisiert das Bündnis **“Joining Forces”**, in dem ChildFund Alliance, Plan International, Save the Children International, SOS Kinderdörfer International, Terre des Hommes International Federation und World Vision International zusammen arbeiten.

Weniger als die Hälfte aller Länder haben bisher auf Einladung von UNICEF und der Vereinten Nationen die internationale Zusicherung *„For every child, every right“* (Allen Kindern alle Rechte) gegeben. Diese stellt die Verwirklichung der Kinderrechte in einen Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung, die auch die Lebenschancen zukünftiger Generationen sichert.

Noch schlimmer: Weniger als 50 Länder haben nationale Zusicherungen gegeben. Auffällig ist hierbei eine große Zurückhaltung von Ländern mit der höchsten Kinderarmutsrate und der größten Existenznot.

„Millionen Kinder wurden im Stich gelassen“, sagt Meg Gardinier, Generalsekretärin der ChildFund Alliance und Vorsitzende von Joining Forces. „Trotz allem, was wir seit 1989 erreicht haben, werden täglich die Versprechen gebrochen, die Kindern vor 30 Jahren gegeben wurden. Es ist zwingend erforderlich, dass Staaten mit neuem politischen Willen und Dringlichkeit daran arbeiten, die Rechte für alle Kinder konkret zu verwirklichen.“

Das UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes ist das am weitesten anerkannte Menschenrechtsabkommen der Geschichte. Es fordert erhebliche Investitionen in die Gesundheit, Bildung und Sicherheit von Kindern sowie die Verabschiedung von Gesetzen und Bestimmungen, in denen die Rechte von Kindern anerkannt werden, vor allem in solchen Bereichen, wo sie selbst wehrlos sind, wie Kinderarbeit, körperliche Bestrafung, alternative Unterbringung oder Zwangsverheiratung.

Auf dieser Grundlage verbesserte sich der rechtliche Status aller Kinder in den letzten Jahren bedeutend. Bei den Beteiligungsmöglichkeiten und sozialen Lebensbedingungen wurden unterschiedlich große Fortschritte in reichen wie armen Ländern erzielt.

Andrew Morley, Präsident von World Vision International, hat an vielen Orten gesehen, wie sich uneingelöste Versprechen auswirken: „Eine schockierende Anzahl von Kindern stirbt immer noch aus vermeidbaren Gründen, Millionen weitere besuchen keine Schule oder müssen schreckliche Misshandlungen über sich ergehen lassen. Jedes Jahr werden etwa 12 Millionen Mädchen unter 18 Jahren verheiratet. Vor Kurzem habe ich in Ostafrika ein achtjähriges Mädchen kennen gelernt, das beschnitten und zur Ehe gezwungen wurde. Man hat ihr die Kindheit gestohlen und die Zukunft ruiniert. Wir können nicht tatenlos zulassen, dass solche Abscheulichkeiten weiterhin geschehen.“

Die im Bündnis vertretenen Organisationen fordern in ihrem Bericht „A Second Revolution. Thirty Years of Child Rights and the Unfinished Agenda“ von Regierungen unter anderem größere Investitionen in dringend notwendige Dienste. Die meisten Länder gäben beispielsweise weniger als 5 % bis 6 % ihres Bruttoinlandsprodukts für eine allgemeine Gesundheitsversorgung aus. Auch Hilfen aus dem Ausland, auf die ärmere Länder angewiesen sind, müssten in Bereichen wie Gesundheit und Bildung aufgestockt werden. Um die Bedürfnisse besonders benachteiligter Kinder zu erfassen und ihnen gezielt zu helfen, dürften sich Regierungen auch nicht mit nationalen Durchschnittswerten zufrieden geben. Eine umfassende Erhebung differenzierter Daten gewinnt nach Ansicht der Organisationen immer mehr an Bedeutung, da sich Rechtsverstöße unproportional auf benachteiligte Kinder auswirken.

Bestehende Statistiken zeigen, dass Armut bei der Entwicklung eines Kindes noch immer das mit Abstand größte Hindernis darstellt. Bei Kindern aus den ärmsten 20 % der Haushalte ist die Wahrscheinlichkeit, vor dem fünften Geburtstag zu sterben, 40 % höher als der Durchschnitt. Bei kleinen Kindern in den ärmsten Familien sowie in ländlichen und abgelegenen Gebieten treten Wachstumsstörungen mit zwei- bis dreimal höherer Wahrscheinlichkeit auf. Und bei Kindern auf der ganzen Welt ist die Wahrscheinlichkeit extremer Armut doppelt so hoch wie bei Erwachsenen.

Hinweise für Redaktionen:

Joining Forces ist ein Zusammenschluss von sechs führenden internationalen gemeinnützigen Organisationen, die mit und für Kinder unter 18 Jahren arbeiten, um deren Rechte zu sichern und die gegen sie gerichtete Gewalt zu beenden.

Das Bündnis besteht aus ChildFund Alliance, Plan International, Save the Children International, SOS Kinderdörfer International, Terre des Hommes International Federation und World Vision International.

Eine Zusammenfassung des Berichts „A Second Revolution“ finden Sie [hier](#). Um besser verstehen zu können, welche Auswirkungen die Nichterfüllung von Rechten für Außenseiterkinder hat, lesen Sie das Kurzdossier „Delivering Progress for the Most Excluded Children“ (Fortschritte für die am meisten benachteiligten Kinder erzielen). Es beschreibt, welche Schritte notwendig sind, um die Rechte dieser Kinder zu realisieren. Dieses erste aus einer Reihe von Kurzdossiers finden Sie unter www.child-rights-now.org/most-excluded-children.

Für weitere Informationen besuchen Sie child-rights-now.org.